

Durchblick

ver.di

5. Jahrgang, Nr. 64; 1. Oktober 2003

Zeitung der ver.di-Vertrauensleute im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach

Tolle Freizeitaktivität für Beschäftigte und Angehörige am 18.10.:

Wir gehen in den Urwald

Als ver.di Betriebsgruppe wollen wir nicht nur gemeinsam für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen, wir wollen auch gemeinsam feiern. Nach unseren zwei Durchblickfesten und der Wanderung „Knappschaft – Bergbau – Natur“ laden wir am Samstag, 18. Oktober 2003 alle Beschäftigte und ihre Familien (selbstverständlich auch Nicht-Ver.di-Mitglieder) zu einer „Urwaldwanderung“ ein.

Unmittelbar vor den Toren der Stadt Saarbrücken gibt es seit Mai 2002 einen „Urwald“, eine werdende Wildnis von mehr als 1.000 ha Fläche. Hier wird zukünftig kein Baum mehr gefällt, der Wald darf wachsen und altern, er bleibt gewissermaßen sich selbst und seiner eigenen Dynamik überlassen. So ist das bundesweit größte unbewirtschaftete Waldgebiet inmitten einer Stadtlandschaft entstanden. Dieser Wald wurde aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen und für den Natur- und Prozessschutz, die projektspezifische Forschung und insbesondere auch für die Umweltbildung zur Verfügung gestellt. Wir treffen uns um **14.00 Uhr** an der Saarbahnhaltestelle „Heinrichshaus“. Je-

10 Euro; Kinder und Vegetarier: **5 Euro**.

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung bis

2. Oktober, weil die Jäger unseren Fleischbedarf wissen müssen.

Ein großer Erfolg für alle Beschäftigte:

KKH Sulzbach erhält das KTQ-Zertifikat

**Info der ver.di Betriebsgruppe
zum Saarbrücker Urwald
im Internet:
<http://www.urwald.2-www.de/>**

dem ist freigestellt, ob er mit der Saarbahn oder mit dem Auto (großer Park & Ride Parkplatz an Heinrichshaus) anreist. Wir werden zusammen mit dem **Schauspieler Thomas Engelhardt** und dem **Urwaldförster** eine „poetische Waldwanderung“ mitten durch den Urwald unternehmen und dabei waldfachliche Geschichten hören. Nach der Wanderung wird **gegrillt**. Und zwar **Wildfleisch** (Wildschwein, Reh), dazu gibt es Salate und frisches Brot. Für **Tierfreunde** gibt es vegetarische Grillgerichte. Anschließend liest Thomas Engelhardt am **Lagerfeuer** fantastische Waldgeschichten. **Ab 18.30 fährt ein Bus zurück zur Saarbahnhaltestelle Heinrichshaus.**

Teilnehmerbeitrag pro Person (enthält geführte Wanderung, Essen, Transfer abends):



Am 26. September um 16.30 Uhr kamen spontan Beschäftigte ins KTQ-Infozentrum und feierten den Spruch der KTQ-Visitoren. Nach dreitägiger Prüfung, heißt es nun: das Knappschaftskrankenhaus Sulzbach wird als erstes saarländisches Krankenhaus für das KTQ-Zertifikat vorgeschlagen. Das Ringen um eine höhere Qualität für Patienten und Beschäftigte hat sich gelohnt. Da war gut lachen. Mit Spannung wird nun der Bericht der Visitoren erwartet. Nach Erarbeitung der verschiedenen Berichte, werden die externen Experten der KTQ-Stelle vorschlagen, dass wir für drei Jahre das begehrte Zertifikat erhalten.

Diskussion um neue Altersversicherung

Rente sackt auf Sozialhilfeniveau ab

Wenn die Vorschläge der Rürup-Kommission umgesetzt werden, dann entspricht die gesetzliche Rente künftig der Sozialhilfe, warnt der Rentenexperte Winfried Schmähl.

Nach der als „Jahrhundertreform“ gepriesenen Rentenreform des Jahres 2001 wird der einmal eingeschlagene Weg fortgesetzt: Das Leistungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung soll weiter reduziert werden und die Alterssicherung vermehrt durch private Vorsorge erfolgen.

Um das Leistungsniveau generell zu senken, wurde seinerzeit ein - willkürlich gestalteter - Privatvorsorgeanteil in die Rentenformel eingeführt („Riester-Rente“). Nun soll ein „Nachhaltigkeitsfaktor“ den Effekt verstärken. Vorrangiges Ziel ist, den Beitragssatz zur Rente stabil zu halten und Finanzierungsengpässen allein durch Senkung des Leistungsniveaus zu begegnen. Hatte der Gesetzgeber 1992 ein klar definiertes Rentenniveau als vorrangiges Ziel festgelegt (für den so genannten Eckrentner, der 45 Jahre lang Beiträge eines Durchschnittsverdieners ein-



Mit einem Infostand vor dem Haus klärte die ver.di Betriebsgruppe über den brutalen Sozialabbau und den Rentenklau auf. Die Betriebsgruppe setzt sich für Aktionen ein. Nur durch den Druck der Straße kann sich noch etwas ändern.

Werden die Vorschläge der „Nachhaltigkeitskommission“ (Rürup-Kommission) umgesetzt, droht ein drastischer Leistungsabbau. Der so genannte Eckrentner würde im Jahr 2030 nicht mehr 64 Prozent des durchschnittlichen Nettoentgelts - wie durch die Rentenreform von 2001 angestrebt - erreichen, sondern nur noch 54 Prozent. Bei diesem Leistungsniveau müsste ein Durchschnittsverdiener 34 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine Rente in Höhe der Sozialhilfe bzw. der neuen „bedarfsorientierten Grundsicherung“ zu erhalten. Wer unterdurchschnittlich verdient, müsste entsprechend länger Beiträge entrichten. Hinzu kommen soll eine stärkere Besteuerung von Renten; und vorgeschlagen werden auch höhere Belastungen von Rentnern in der Kranken- und Pflegeversicherung. Damit dürfte das künftige Rentenniveau deutlich unter 50 Prozent gedrückt werden.

Die Folgen für die Versicherten werden an folgendem Beispiel klarer: Unterstellt, heute erhalte ein (männlicher) Rentner (nach langer Versicherungsdauer) 1200 Euro (was der Brutto-Eckrente West entspricht), dann würden nach Verwirklichung der Vorschläge der „Nachhaltigkeitskommission“ nur noch 925 Euro verbleiben. Berücksichtigt man Besteuerung und steigende Sozialbeiträge der Rentner, so ist eine Nettorente von 800 Euro eine realistische Schätzgröße, was einer Absenkung um 400 Euro oder einem Drittel der heutigen Rente entspricht.

Es ist offensichtlich, dass dann für einen Großteil der Rentenversicherten - selbst nach jahr-

zehntelanger Beitragszahlung - nur noch eine Rente erreichbar ist, die die Sozialhilfeschwelle nicht mehr überschreitet. Ein solches System würde keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Die eingeschlagene Entwicklung würde schließlich in eine durch Steuern zu finanzierende Grundsicherung münden.

Die jetzt verfolgte Strategie stellt eine schleichende Aushöhlung des lohn- und beitragsbezogenen Rentensystems dar, ja sogar den Schritt zurück zu den Anfängen der Sozialversicherung Ende des 19. Jahrhunderts, als die Rentenversicherung eingeführt wurde, um Armut zu vermeiden und die Kommunen von der Armenpflege zu entlasten. Eine sonderbare „Modernisierungsstrategie“, die im Gegensatz zur Entwicklung in anderen Ländern steht, wo man eine stärkere Verknüpfung von Beiträgen und Rentenleistungen anstrebt, wie dies einmal kennzeichnend für die deutsche Rentenversicherung war.

Für die jetzt verfolgte Strategie zeichnet sich eine breite informelle politische Koalition ab aus Grünen, Teilen von SPD und CDU, unterstützt von Arbeitgeberverbänden, Finanzmarktakteuren und vielen Wirtschaftswissenschaftlern. Dies hat allerdings einen hohen Preis: die Abschaffung eines anpassungsfähigen Rentensystems und deutlich steigende Einkommensunterschiede im Alter, denn die Möglichkeiten zur privaten Vorsorge sind höchst ungleich verteilt.

5.

Sulzbacher Krankenhaus Gespräch:

19. November 2003

Alternativen zur Zwei- Klassen-Medizin.

Zum Spannungsverhältnis
zwischen Kommerzialisierung und
Solidarität im
Gesundheitswesen.

Eine Gegenposition zur Großen
Koalition der Neoliberalen“

Es spricht und diskutiert

Dr. Nadja Rakowitz

Institut für Medizinische Soziologie
am Klinikum der Johann Wolfgang
Goethe Universität, Frankfurt/Main

zahlt, soll die Rente 70 Prozent des aktuellen durchschnittlichen Nettoentgelts betragen), so ist dieses Ziel jetzt hinfällig und durch ein Beitragsziel ersetzt worden. Dabei geht es allein darum, eine Mehrbelastung der Arbeitgeber (durch höhere Arbeitgeberbeiträge) und des Bundes (durch einen höheren Bundeszuschuss) zu vermeiden. Die Ausgaben für die Alterssicherung werden aus den öffentlichen Haushalten in die Privathaushalte verlagert, also nicht gesenkt. Im Gegenteil, die teilweise Ersetzung der solidarischen, umlagefinanzierten Rentenversicherung durch private Altersvorsorge erhöht die notwendigen Ausgaben, macht die Alterssicherung also teurer.

Streit zwischen Personalrat und Betriebsleitung:

Vergleich vorm Verwaltungsgericht

Am 9. September 2003 fand vor dem Verwaltungsgericht in Saarlouis in einer Personalvertretungssache eine Güteverhandlung statt. Der Personalrat und die Krankenhausleitung hatten sich darüber gestritten, ob eine „vorübergehende Übertragung einer tariflich niedriger zu bewertenden Tätigkeit“ der Mitbestimmung des Personalrates unterliegt.

Konkret ging es darum, ob die Beschäftigung einer Intensivpflegekraft, die in Kr. 6 eingruppiert ist, auf einer Allgeminstation (Station 6) mit angeschlossenem Intensivzimmer der Mitbestimmung unterliegt.

Vor dem Verwaltungsgericht wurde folgender Vergleich geschlossen:

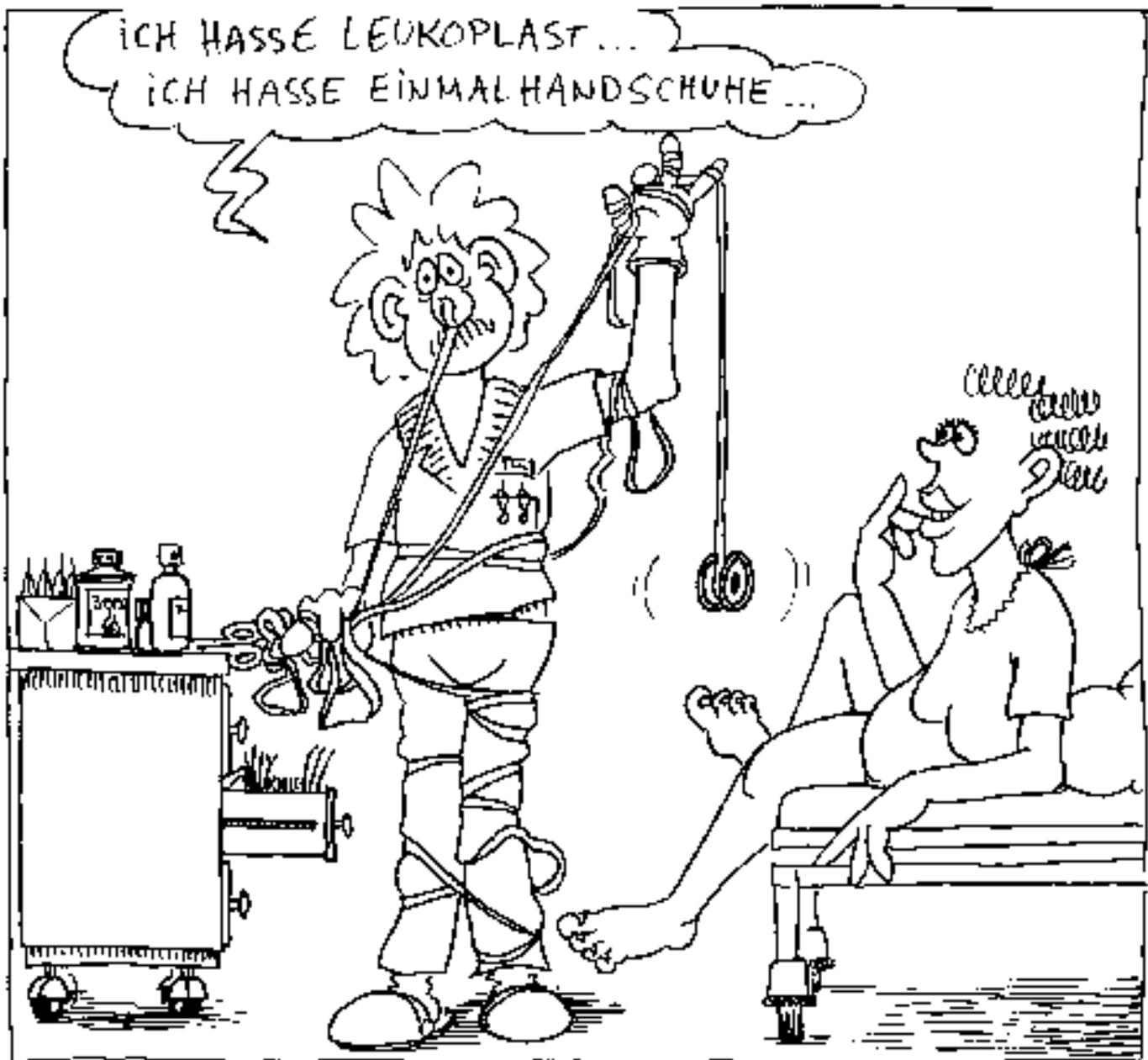
1. Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass das Intensivzimmer auf der Station 6 Bestandteil der Intensivstation ist.
2. Die Dienststelle sichert zu, dass eine Tätigkeit in dem Intensivzimmer der Station 6 als

Intensivpflegedienst besoldungsrechtlich bewertet wird, wenn diese Tätigkeit überwiegend erfolgt.

3. Soweit ein Einsatz von Intensivpflegekräften überwiegend im Bereich der Allgemeinpflege erfolgt, ist dies ein mitbestimmungspflichtiger Tatbestand gemäß § 75 Abs. 1. Nr. 2 BPersVG.

Damit wurde im Grunde die Position des Personalrates bestätigt. Das heißt jedoch nicht, dass einem Beschäftigten grundsätzlich eine Tätigkeit einer niedrigeren Vergütungsgruppe

zugewiesen werden kann, selbst wenn diese nicht überwiegend ausgeübt werden soll. Das ist nach wie vor vom Direktionsrecht nicht gedeckt. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat geurteilt, dass „namentlich im öffentlichen Dienst, in dem Arbeitnehmer in bestimmte Vergütungsgruppen eingereiht sind, dem Arbeitnehmer grundsätzlich jede zumutbare Beschäftigung im Rahmen der Vergütungsgruppe zugewiesen werden kann. Dagegen ist die Zuweisung einer niedriger bewerteten Tätigkeit rechtswidrig.“ (Bundesarbeitsgericht)



© 9. 8. 98

Mit freundlicher Genehmigung des Krankenpflegers Wiegand Erdmann. YGs Kleine Krankenpflege. In YGs Home. Die Mülltonne mit der Goldkante; http://www.bielefeld.netsurf.de:8080/~w_erdmann

Neue Cafeteria in Betrieb:

Personalrat erreichte Preiskorrekturen

Seit 17. September ist unsere neue Cafeteria in Betrieb, Beschäftigte und Besucher sind vom Ambiente und vom Angebot begeistert. Die Sorgen des Personalrates bezüglich Preissteigerungen waren vom Verwaltungsdirektor Molitor ausgeräumt worden. Noch auf der letzten Personalversammlung hatte er bestätigt, dass das Preisniveau für die Beschäftigten erhalten bleibe.

Umso größer war dann der Unmut bei den Beschäftigten, als sie feststellen mussten, dass von gleichem Preisniveau nichts mehr zu spüren war. So war der Kaffee um schlappe 125 %, Beilagen wie Kartoffeln, Nudeln um immerhin 68 % teurer geworden. Der Personalrat machte von seinem Mitbestim-

se gesenkt?

Hans Ruge: Wir haben uns anhand der kalkulierten Selbstkosten versichert, dass das Essen in der Cafeteria fast ausschließlich zum Selbstkostenpreis an die Beschäftigten verkauft wird. Dort, wo die Preise darüber lagen, konnten wir eine Senkung erreichen.

Auch wenn unter dem Strich das Preisniveau heute höher liegt als früher, muss man sagen, dass die Preise in unserer Cafeteria jahrelang stabil waren und auch jetzt noch sehr günstig sind und das zu einer Qualität, um die uns manches Restaurant beneiden kann.

Durchblick: Die Cafeteria soll ab 13. Oktober schon um 7.00 Uhr öffnen. Warum?

Hans Ruge: Dieser Wunsch war von den Beschäftigten des OP an uns herangetragen worden. So können sie noch vor Arbeitsbeginn frühstücken.

Außerdem kann ich mir vorstellen, dass es eine Reihe Beschäftigte gibt, die vor der Arbeit anstatt zu Hause lieber in der Cafeteria frühstücken. Erstens ist das bequemer und zweitens hat man ein Angebot zur Verfügung, mit dem der häusliche Frühstückstisch wohl kaum konkurrieren kann. An dieser Stelle will ich mich bei den Beschäftigten der Cafeteria bedanken, weil die ja schließlich früher anfangen müssen.



mungsrecht Gebrauch und verhandelte mit Verwaltungschef Molitor neue Preise. Der Durchblick sprach mit dem Personalratsvorsitzenden Hans Ruge.

Durchblick: Im letzten Personalrats Info ist zu lesen, dass der Personalrat mit Herrn Molitor Preise in der Cafeteria nachverhandelt hat. Was wurde denn verändert?



Hans Ruge: Zuerst einmal muss ich eingestehen, dass wir selbst von den neuen Preisen überrascht wurden, weil wir darauf vertraut hatten, dass sich an dem Preisniveau für die Beschäftigten nichts ändern würde. Wir sind dann mit Herrn Molitor jeden einzelnen Posten durchgegangen und haben uns schließlich geeinigt, dass z.B. die Preise für Heißgetränke wie Kaffee oder Kakao erheblich gesenkt wurden.

Durchblick: Warum wurden nicht alle Prei-



Durchblick

Jetzt schlägt's 13!

Urlaubs- und Weihnachtsgeld passé ?

Das 13. Monatsgehalt und das Urlaubsgeld sollen abgeschafft werden. Bund und Länder haben die Tarifverträge schon gekündigt. Die Landesregierung hat jetzt ein solches Vorgehen für ihre Beamtinnen und Beamten angekündigt. Fast jeden Tag gibt es eine neue Horrormeldung. Noch ist völlig unklar, wie sich die Situation für uns Knappschaftsbeschäftigte ab 2004 darstellt. Aber abwarten kann nicht die Losung sein, betonten die ver.di Vertrauensleute des Knappschaftskrankenhauses Sulzbach auf ihrem Wochenendseminar letzte Woche in Kirkel. Dazu Betriebsgruppensprecher Michael Quetting:

„Wenn dem nicht Einhalt geboten wird, verlieren viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mittelfristig ihre soziale Perspektive. Ich meine, jetzt reicht es langsam mal. Wir müssen endlich aufwachen und dürfen diese Politik nicht länger hinnehmen. Die Lage duldet keine Tatenlosigkeit. Aber, es ist wie mit allen Dingen der Politik. Wir werden nur etwas erreichen, wenn wir uns aus den warmen Wohnzimmern begeben und den Mut haben, den Kampf zu führen. Es gibt Niemanden in Berlin oder Saarbrücken, weder im Himmel, noch in der Hölle, der uns beisteht. Das müssen wir schon selber tun.“

Wie der Widerstand zu organisieren ist, darüber wollen wir mit Euch heute, am Mittwoch 1. Oktober, ab 16.00 Uhr im großen Saal der Arbeitskammer in Saarbrücken in der Fritz-Dobisch-Str. 6 bis 8 diskutieren.

Impressum:

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

ver.di - Fachbereich 03

Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
Fachgruppe: Krankenhäuser

St. Johanner Str. 49; 66123 Saarbrücken

Eigendruck

V.i.S.d.P.: Thomas Müller

E-Mail: verdikkhs@aol.com

<http://www.durchblick.2-www.de>